



**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V. (CSU)
auf die Fragen von
Verband Freier Berufe in Bayern e.V.**

- 1. Werden Sie die Stellung der Freien Berufe und das System der beruflichen Selbstverwaltung auf nationaler und europäischer Ebene stärken? Unterstützen Sie die Bestrebungen der bisher nicht verkammerten Freien Berufe nach einer stärkeren Selbstverwaltung?**

Antwort:

Wir leben in einer Kultur von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft, für Innovation und Wachstum - hierauf haben gerade die Freien Berufe in ihrer gesamten Breite und Vielfalt beruflicher Tätigkeiten maßgeblichen Einfluss. Die Freien Berufe leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Daher wollen wir auch in Zukunft für stabile und gute Rahmenbedingungen sorgen. Die CSU ist und bleibt ein verlässlicher Partner für unsere Leistungsträger. Wir stehen in allen Bereichen zu den Kammern als Träger der Selbstverwaltung in der Wirtschaft und setzen uns für eine passgenaue und mittelstandsfreundliche Regulierung ein. Wir wollen die Attraktivität und Qualität der Freien Berufe auf einem hohen Niveau halten. Der Staat soll nur dort tätig werden, wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen. Ärzte, Apotheker, Ingenieure und Rechtsanwälte tragen einen wichtigen Teil zum wirtschaftlichen Erfolg und zum Zusammenhalt unseres Landes bei. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Freien Berufe in Bayern zeigt, dass das Modell der Selbstverwaltung gut funktioniert.

- 2. Die 251.519 Selbstständigen der Freien Berufe versorgen die Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Bei den Freien Berufen ist ein Trend zum Angestelltenverhältnis zu beobachten. Werden Sie Maßnahmen zur Förderung der Selbstständigkeit ergreifen, um diesem Trend entgegenzusteuern?**
- 3. Die Freien Berufe sichern mit ihren kleinteiligen Strukturen die Daseinsvorsorge vor Ort. Zunehmend werden jedoch freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch gewerbliche Anbieter übernommen. Werden Sie Maßnahmen ergreifen, dieser Entwicklung entgegenzutreten?**

Antwort:

Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet.

Die CSU steht für eine gelebte Leistungskultur. Sie ist entscheidend für die Soziale Marktwirtschaft. Leistung und Wettbewerb sind die Antriebsfedern für die gesellschaftliche Weiterentwicklung, für Innovationen und Wertschöpfung, Wohlstand

und Lebensqualität, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit und nicht zuletzt auch für persönliche Zufriedenheit. Ohne Handwerk und Mittelstand hat Deutschland keine Zukunft. Wir geben ein klares Bekenntnis zum Handwerk, zu Familienbetrieben und zur Selbstständigkeit.

Unser starker Mittelstand mit seinen Familienunternehmen, den freien Berufen und dem Handwerk ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Zusammen mit der Industrie übernehmen sie Verantwortung für sich und andere und dienen damit der Gemeinschaft. Sie bilden aus und sind Jobmotor des Landes. Mittelstand und Handwerk sind zusammen mit Land- und Forstwirtschaft Garanten für Chancen und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Die freien Berufe sind eine wichtige Säule unserer Wirtschaft und übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen. Die Gebühren- und Honorarordnungen leisten einen wichtigen Beitrag zum Verbraucherschutz. Diese wollen wir erhalten und modernisieren.

4. Unterstützen Sie Maßnahmen zur Reduzierung der Zunahme vom Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in der Trägerschaft von Managementgesellschaften und privaten Klinikkonzernen, die sich ihrerseits im Eigentum von Finanzinvestoren, meist Private-Equity-Gesellschaften, befinden?

Antwort:

Wir haben in den letzten knapp 20 Jahren eine Konzentration der ambulanten Versorgung in MVZ beobachten können. Wichtige Versorgungsangebote konzentrieren sich zunehmend in den Ballungsräumen, die vor allem für Investoren lukrativer sind als der ländliche Raum. Weiterhin besteht das Risiko, dass einzelne MVZ-Träger regionale Monopolstellungen aufbauen. Das ist besonders gefährlich, wenn die medizinische Versorgung mit den Interessen von privaten Investoren kollidiert.

Unser Ziel ist es, eine am Patientenwohl orientierte Versorgung zu gewährleisten. Deswegen fordern wir die Bundesregierung über unsere Bundesratsinitiative auf, ein MVZ-Regulierungsgesetz zu schaffen. Es soll helfen, Monopolbildungen zu verhindern, und es soll für Patientinnen und Patienten ersichtlich machen, welche Träger und Investoren hinter einem MVZ stehen. Jeder sollte wissen, wem er sich für seine Behandlung anvertraut und welche wirtschaftlichen Interessen möglicherweise dahinterstehen. Unsere Initiative soll daher auch den Schutz der Patientinnen und Patienten verbessern. Es dürfen keine Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern

entstehen. Zudem ist – gemäß der Bayerischen Verfassung – auf dem Land und in den Ballungsräumen gleichermaßen eine gute ärztliche Versorgung zu gewährleisten.

5. Stehen Sie ein für die notwendige Trennung von Planen und Bauen und verhindern damit eine Verlagerung der Auftragsvergabe an Generalunter- und übernehmer?

Antwort:

Die Unabhängigkeit der persönlichen Dienstleistungen muss gewährleistet bleiben. Der Interessensausgleich zwischen Planern und Bauherrn wurde mit der modernisierten Honorarregelung merklich verbessert. Vertreter beider Marktseiten, also der Auftragnehmer und Auftraggeber, haben in einem offenen und konstruktiven Diskussionsprozess zum Erfolg dieser Novellierung beigetragen. Die Honorare für umfassend modernisierte Leistungsbilder wurden an die neuen Anforderungen im Bau- und Umweltrecht angepasst.

6. Können Sie detaillierte Zusagen zu Bürokratienteilastungen für die Freien Berufe anhand von Beispielen geben?

Antwort:

Das freie Unternehmertum mit allen Betriebsgrößen vom Handwerker bis zur Großindustrie macht unseren Standort aus und ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir setzen auf den ehrbaren Kaufmann. Er weiß, dass er gesellschaftliche Verantwortung hat: Für das eigene Unternehmen und die Mitarbeiter, für Partner und Kunden, für sein örtliches Umfeld und das Land, für die Umwelt und die Allgemeinheit. Mittelstand und Industrie brauchen neues Vertrauen, nicht Überwachung und ein Mehr an Bürokratie.

Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen festen Rahmen mit klaren Regeln für das Miteinander der Menschen, der Wirtschaft und des Staates. Die Politik definiert diesen Rahmen, aber nicht die Mittel zur Zielerreichung. Die Marktkräfte brauchen Raum zur Entfaltung. Der Staat muss Regulierung auf das notwendige Maß begrenzen und soll nur dort tätig werden, wo Selbstregulierung und Eigenverantwortung nicht greifen. Politisch motivierte Gewinnabschöpfungen, Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen und Preisbildungsprozesse sowie bürokratische Fesseln für unternehmerische Entscheidungen lehnen wir ab. Wir stehen für eine aktive Struktur- und

Wirtschaftspolitik, die Planungssicherheit gibt, Überregulierung einen Riegel vorschiebt und Bürokratie begrenzt.

- 7. Das Jahresdurchschnittseinkommen der 57.140 Soloselbstständigen der Freien Berufe im Kulturbereich liegt bei ca. 15.000 Euro. Der gesamten Kreativwirtschaft mangelt es an verbindlichen Honorarvereinbarungen bzw. anerkannten Mindesthonoraren. Unterstützen Sie diese Forderung?**
- 8. Werden Sie dafür sorgen, dass Förderprogramme auch für die Freien Berufe geöffnet werden, z.B. im Bereich der Digitalisierung der Digitalbonus Bayern?**

Antwort:

Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet.

Wir unterstützen Kreative, indem wir bürokratische Hürden abbauen und Antragsverfahren vereinfachen. Die Bayerische Staatsregierung und das CSU-geführte Digitalministerium haben daher bereits 2022 beschlossen, das Antrags- und Förderwesen von Grund auf neu zu denken. Förderungen sollen zukünftig nicht nur vollständig über ein Online-Portal angefragt, auch die Suche nach passenden Angeboten soll deutlich vereinfacht werden. Leistungen werden transparent aufgelistet und auffindbar gemacht. Fördermittel können dadurch effizienter eingesetzt werden und auch die Bearbeitungszeiten werden erheblich verkürzt. Freischaffende sollen auch weiterhin von der Gewerbesteuerpflicht ausgenommen werden.

Es ist bereits heute gängige Praxis, dass ausgewiesene Honorare geförderter Projekte etwa bei Festivals oder beim Kulturfonds kritisch überprüft und ggfs. bei einer Fachstelle bemängelt und dann nachgebessert werden. Da staatliche Förderungen in aller Regel nur einen Teil des Gesamtbudgets der jeweiligen Projekte ausmachen, können Vorgaben aber auch negative Auswirkungen haben. Wir möchten die Kunstfreiheit und Staatsferne der Kultur erhalten und Kreativität fördern. Vorgaben und überbordende Bürokratie können der Kunstszene insgesamt massiv schaden und zur Absage von Veranstaltungen führen. Das kann niemand wollen.

Dass wir im Krisenfall an der Seite der Kulturschaffenden stehen, hat der Freistaat bewiesen. Es wurde ein einzigartiges Hilfspaket geschnürt, bis im Mai wurden über 100 Millionen Euro ausgezahlt. Das neu aufgelegte „Neustart-Paket Freie Kunst“ in Höhe von drei Millionen Euro soll den Kulturschaffenden darüber hinaus helfen, nach dem Corona-bedingten Einbruch durchzustarten.